

2/SN-410/ME 1 von 1



BUNDESMINISTERIUM
für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2
Telefon: 0222/711 72
DVR: 0649856

Dem

GZ 114.108/52-I/D/14/94

Präsidium des Nationalrates
Parlament
1017 Wien
PEISCHL
Klappe: 4787

Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten
Stubenring 1
1011 Wien

Zl.	-GE/19...
Datum: 14. NOV. 1994	
Verteilt 16. Nov. 1994	

Beauftragte auf das Rundschreiben des Bun-
desministeriums vom 24. Oktober 1994, Zl.
15.430-26/94, zur gefälligen Kenntnis.
25 Mehrexemplare der h. Stellungnahme liegen

Für den Bundesminister:

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Preistransparenzgesetz
geändert wird

Das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und
Konsumentenschutz nimmt zu dem mit Schreiben vom 24. Oktober
1994, GZ 15.430/53-X/11/94, übermittelten Entwurf eines
Bundesgesetzes, mit dem das Preistransparenzgesetz geändert
wird, Stellung wie folgt:

Zu dem vorliegenden Entwurf verweist das BMGSK grundsätzlich
auf die seinerzeit im Begutachtungsverfahren des entsprechenden
EWR-Rechtsanpassungsgesetzes unter GZ 114.108/20-I/D/14/92
ergangene Stellungnahme.

In dieser Stellungnahme wird u.a. kritisiert, daß durch die
Bezeichnung "Preistransparenzgesetz" falsche Erwartungen
geweckt werden, da es sich hier lediglich um ein Verfahren zur
Meldung von nationalen Preisniveaus bzw. Preismaßnahmen an
Europäische Instanzen, keinesfalls aber um die als
Konsumentenschutzziel der EU postulierte Transparenz des
Marktes für den Konsumenten handelt und auch innerstaatlichen
Verbraucherschutzorganisationen oder sonstigen öffentlichen
Einrichtungen der Zugang zu Daten zum Preisniveau in Österreich
oder in der Europäischen Union in keiner Weise erleichtert
wird.

Das BMGSK ersucht daher aus Anlaß der Novellierung erneut um eine Konkretisierung des Titels, etwa in der Form "Bundesgesetz über die Meldung bestimmter Preise und bestimmter preisrelevanter rechtlicher Maßnahmen im Energie- und Arzneimittelbereich; EU-Preismeldegesetz".

Abgesehen davon sollte aus Anlaß der vorliegenden Novelle auch überlegt werden, die aus EU-Recht heraus notwendigen Datenerfassungen für den Energieproduktebereich auch im Rahmen der innerstaatlichen Preiskontrolle zu nutzen, was insbesondere bedeuten würde, die Meldepflichten um die Meldung an die Preiskommission im BMWA zu erweitern.

Diese weitere Meldepflicht wäre nicht aufwendig und beispielsweise im Hinblick auf potentielle Verfahren wegen exzessiver Preise oder exzessiver Preiserhöhungen gem. § 5 des PreisG 1992 jedenfalls wünschenswert.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

8. November 1994

Für die Bundesministerin

SEMP

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

W. Schneider